

Die Linden-Universität und ihre Geschichte

Geschichte der Universität Unter den Linden. Herausgegeben von Tenorth, Heinz-Elmar. Berlin: Akademie-Verlag

Ilko-Sascha Kowalczyk

Biographie einer Institution

Band 1: Tenorth, Heinz-Elmar/McClelland, Charles E. in Zusammenarbeit mit Lüdtke, Torsten/Lund, Hannah Lotte und Treß, Werner: Gründung und Blütezeit der Universität zu Berlin 1810–1918. Berlin: Akademie-Verlag 2012, XLIII + 674 Seiten, 99,80 €.

Band 2: Grüttner, Michael in Zusammenarbeit mit Jahr, Christoph/Kinas, Sven/Nagel, Anne Chr. und Thiel, Jens: Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen 1918–1945. Berlin: Akademie-Verlag 2012, 593 Seiten, 99,80 €.

Band 3: Jarausch, Konrad H./Middell, Matthias/Vogt, Annette in Zusammenarbeit mit Hansen, Reimer und Kowalczyk, Ilko-Sascha: Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010. Berlin: Akademie-Verlag 2012, 715 Seiten, 99,80 €.

Praxis ihrer Disziplinen

Band 4: Tenorth, Heinz-Elmar in Zusammenarbeit mit Hess, Volker und Hoffmann, Dieter (Hrsg.): Genese der Disziplinen: Die Konstitution der Universität. Berlin: Akademie-Verlag 2010, 579 Seiten, 69,80 €.

Band 5: Tenorth, Heinz-Elmar in Zusammenarbeit mit Hess, Volker und Hoffmann, Dieter Hoffmann (Hrsg.): Transformation der Wissensordnung. Berlin: Akademie-Verlag 2010, 819 Seiten, 99,80 €.

Band 6: Tenorth, Heinz-Elmar in Zusammenarbeit mit Hess, Volker und Hoffmann, Dieter (Hrsg.): Selbstbehauptung einer Vision. Berlin: Akademie-Verlag 2010, 764 Seiten, 128,- €.

Die Humboldt-Universität zu Berlin (HU) mühte sich redlich, ihren 200. Geburtstag 2010 feierlich zu begehen und ins öffentliche Bewußtsein zu rücken.¹ Trotz Ausstellungen und öffentlicher Veranstaltungen gelang ihr dies jedoch nicht richtig.² Dafür mögen mehrere Gründe ausschlaggebend gewesen sein, nicht zuletzt wohl jener,

1 Siehe z.B.: Mittendrin. Eine Universität macht Geschichte. Eine Ausstellung anlässlich des 200-jährigen Jubiläums der Humboldt-Universität zu Berlin, 16. April bis 15. August 2010. Im Auftrag des Präsidenten herausgegeben von Thom, Ilka/Weining, Kirsten in Zusammenarbeit mit Tenorth, Heinz-Elmar. Berlin 2010; Zweihundert. HU200. Das Jubiläumsmagazin, hrsg. vom Präsidenten der HU. Berlin 2009; 200 Jahre HU – 20 Jahre Unauf. Jubiläumsausgabe der Studierendenzzeitung Unaufgefordert. Berlin 2009/2010.

2 Siehe zu den Aktivitäten u.a:
http://www.hu-berlin.de/pr/pressemitteilungen/pm0908/pm_090901_01.

daß Universitäten ihren gesellschaftlichen Exklusivcharakter immer mehr verlieren, weil ihr Beitrag zur Bewältigung der vielschichtigen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Globalprobleme unserer Gegenwart stetig abgenommen hat. Universitäten waren früher als Orte der Diskussion und Reflexion gesellschaftlicher Probleme von zentraler Bedeutung. Heute aber werden sie in der Gesellschaft als erstaunlich leise, zahm und wenig originell wahrgenommen, weil man sie vor allem als Institutionen erlebt, die überwiegend mit sich selbst beschäftigt zu sein scheinen.

Im Fall der Humboldt-Universität zu Berlin kam hinzu, daß sie ausgerechnet in ihrem Jubiläumsjahr mit einer für sie unangenehmen Debatte über ihren neuen (damals noch designierten) Präsidenten konfrontiert war, die ein Dilemma von öffentlichen Institutionen offenbarte: Eine verdrängte und unverarbeitete Vergangenheit stört die Gegenwart und steht einer glanzvollen Zukunft sperrig im Wege.³ Obwohl immer wieder behauptet wird, die ostdeutschen Hochschulen hätten sich mehr als öffentlich bewußt sei mit ihrer jüngsten Vergangenheit beschäftigt,⁴ trifft dies in Wirklichkeit nur auf wenige Einrichtungen zu.⁵ Den Stand der Humboldt-Universität zu Berlin markieren in der jüngsten Literatur zwei Publikationen. In einem Sammelband zur Geschichte von Opposition, Widerstand und Repression an ostdeutschen Hochschulen 1945 bis 1989 war sie aufgrund fehlender neuer Forschungen nicht vertreten.⁶ Eine Monographie zu ihrer Geschichte 1960 bis 1975 „schaffte“ es daneben, diese unter weitgehender Ausblendung des SED-Apparates zu rekonstruieren.⁷ Da erscheinen sogar manche Beiträge in einem zur apologetischen Selbstvergewisserung erschienenen Tagungsband erhellender.⁸ Anders als im Umgang mit ihrer kommunistischen Vergangenheit hat sich die Humboldt-Universität zu Berlin seit den frühen 1990er-Jahren aber intensiv mit ihrer Geschichte im Nationalsozialismus auseinandergesetzt.⁹ Zwar gibt es auch hier noch viele offene Fragen, aber anders als für die Zeit nach 1945 existieren innerhalb der Universität keine sichtbaren Blockaden mehr (wie bis 1989/90), die einer vorurteilsfreien und allumfassenden historischen Betrachtung im Wege stünden.

3 Die Hintergründe dieser eher zufälligen Debatte sind dargestellt in: Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die Hochschulen und die Revolution 1989/90. Ein Tagungsbeitrag und seine Folgen. In: Schröder, Benjamin/Staadt, Jochen (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR. (= Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Bd. 16). Frankfurt/M. 2011, S. 365–408.

4 So die vielfach veröffentlichte These von: Hechler, Daniel/Pasternack, Peer: Traditionsbildung, Forschung und Arbeit am Image. Die ostdeutschen Hochschulen im Umgang mit ihrer Zeitgeschichte. Leipzig 2013. Hechler/Pasternack haben diese These in gefühlten dutzenden Zeitschriftenbeiträgen seit 2011 immer wieder verbreitet. Allerdings haben sie dabei – obwohl sie sich anfangs stets auf Äußerungen von mir konzentrierten – ausgeblendet, was ich kritisierte, nämlich die öffentlich sichtbare, d.h. relevante Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit.

5 Vgl. zuletzt dazu mit der notwendigen Literatur: Kowalczyk, Ilko-Sascha: Lehre und Forschung im SED-Staat. Universitäten und Hochschulen in der DDR (Rezensionsessay). In: Deutschland Archiv 45(2012) 1, S. 172–190 (auch abrufbar unter: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/126682>).

6 Vgl. Schröder/Staadt (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel.

7 Vgl. Schulz, Tobias: „Sozialistische Wissenschaft“. Die Berliner Humboldt-Universität (1960–1975) (= Zeithistorische Studien, hrsg. vom ZZP Potsdam; 47). Köln/Weimar/Wien 2010; siehe dazu: Kowalczyk: Lehre und Forschung im SED-Staat, S. 179–181.

8 Girnus, Wolfgang/Meier, Klaus (Hrsg.): Die Humboldt-Universität Unter den Linden 1945 bis 1990. Zeitzeugen – Einblicke – Analysen. Leipzig 2010.

9 Aus der Fülle der Literatur siehe etwa: Bruch, Rüdiger vom/Jahr, Christoph (Hrsg.): Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Band I: Strukturen und Personen; Band II: Fachbereiche und Fakultäten. Stuttgart 2005. Für aktuelle Forschungsergebnisse generell unerlässlich: Jahrbuch für Universitätsgeschichte. 1998 ff.

Besonders ärgerlich freilich muß es für die Linden-Universität gewesen sein, daß die neue voluminöse Gesamtgeschichte nicht rechtzeitig auf dem eigenen Gabentisch zum Jubiläum vorlag. Anders als die um 400 Jahre ältere Leipziger Universität¹⁰ hat sie es in über einem Jahrzehnt nicht fertiggebracht, ihre Ressourcen so einzusetzen, daß die nunmehr etwa 4 200 Druckseiten aus den Händen von etwa 80 Autorinnen und Autoren einigermaßen fristgerecht vorlagen. Während die Studienbände 4 bis 6 im Jahr 2010 erschienen, daran waren immerhin 65 Autorinnen und Autoren beteiligt, konnten die eher monographisch angelegten Darstellungsbände, an denen „nur“ fünfzehn Autorinnen und Autoren schrieben, erst im Laufe des Jahres 2012 herauskommen. Man ahnt schon daran, wie nervenaufreibend dies für den Chefherausgeber, den Erziehungswissenschaftler Heinz-Elmar Tenorth, gewesen sein muß, wenn man nur anhand der Ankündigungstexte in den zuvor veröffentlichten Bänden sieht, daß der ursprüngliche Initiator der Reihe, der Wissenschaftshistoriker Rüdiger vom Bruch, nicht nur als Gesamtherausgeber, sondern auch als Autor des Bandes 1 abhanden kam. Man mag dahinter persönliche Katastrophen vermuten, für die Universität aber lag somit im Jubiläumsjahr eine Leerstelle vor statt des Glanzstücks, das die Feierlichkeiten krönen sollte.

Die europäische Universität als Kind des Mittelalters gehört neben den Kirchen zu den wenigen Institutionen, die trotz tiefgreifender Veränderungen jene sind, die das Mittelalter und die Gegenwart sichtbar symbolisch verbinden.¹¹ Zwar haben die Universitäten von vor 1800 mit jenen aus dem 20. Jahrhundert nur noch wenig mehr als den Namen gemein, aber sie blieben als Institutionen in einem Wandlungsprozeß gesellschaftliche Fixpunkte. Eine vierbändige *Geschichte der Universität in Europa* legt davon profund und überaus lehrreich Zeugnis ab.¹² Mitte des 19. Jahrhunderts begannen die Universitäten, ihre Geschichte wissenschaftlich darzustellen. Anlässlich von Gründungsjubiläen erschienen Bücher, die von einem Autor oder wenigen Autoren verfaßt wurden. Das blieb auch noch Anfang des 20. Jahrhunderts so, als mehrbändige Darstellungen herauskamen. Im Zuge der disziplinären Spezialisierung und des beträchtlichen Ausbaus der Universitäten differenzierte sich zugleich die wissenschaftliche Hochschulgeschichte immer mehr. Auch wenn sie vorwiegend ein Feld geschichtswissenschaftlicher Arbeit blieb, so stellte Universitätsgeschichte immer auch ein multidisziplinäres Untersuchungsfeld dar. Zur Selbstvergewisserung und historischen Standortgebundenheit haben alle universitären Disziplinen und Einrichtungen stets selbst über ihre Universitätsvergangenheit gearbeitet, geforscht und publiziert. Für die Linden-Universität blieb die mehrbändige Darstellung des Historikers Max Lenz (1850–1932) ein Jahrhundert maßgeblich.¹³ Dabei ist sie universitätsgeschichtlich vor allem für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts relevant und stellt insgesamt eine politische Ideen- und Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts dar, die nicht frei von zeittypischen Mißtönen daherkommt. Der gegenwärtige

10 Vgl. *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009*. 6 Bände. Leipzig 2009–10; siehe dazu: Kowalczuk: *Lehre und Forschung im SED-Staat*, S. 174–178.

11 Vgl. die ausgezeichnete Darstellung von Boockmann, Hartmut: *Wissen und Widerstand. Geschichte der deutschen Universität*. Berlin 1999; siehe auch mit vielen Dokumenten: Ellwein, Thomas: *Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. Wiesbaden 1997.

12 Vgl. Rüegg, Walter Rüegg (Hrsg.): *Geschichte der Universität in Europa*. 4 Bände. München 1993–2010.

13 Vgl. Lenz, Max: *Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin*. 5 Bände. Halle 1910–18.

Präsident der Universität, Jan-Hendrik Olbertz, und der Gesamtherausgeber, Heinz-Elmar Tenorth, betonen denn auch, seit 100 Jahren habe es keine HU-Gesamtgeschichte mehr gegeben [Bd. 1, S. IX (Olbertz), S. XVI (Tenorth)]. Nun mag man darüber streiten können, was eine Gesamtdarstellung auszeichnet. Aber im Jahre 1960, als das geteilte Berlin ganz unterschiedlich des 150. Jahrestages der Universitätsgründung gedachte, kamen neben vielen weiteren zwei Publikationen heraus, die durchaus als Versuche zu gelten haben, die Gesamtgeschichte zu würdigen. Da wäre zunächst der voluminöse Band *Studium Berolinense* zu erwähnen, der in seiner Vielfalt einen beeindruckenden Einblick in die Geschichte der letzten anderthalb Jahrhunderte gewährt. Er erschien in West-Berlin.¹⁴ Und dann erschien im Ostteil eine dreibändige „Festschrift“, von der zumindest der erste Band beanspruchte, auf marxistisch-leninistischer Grundlage die Geschichte der Linden-Universität darzustellen.¹⁵ Dabei blieb es nicht. Die SED war immer wieder bemüht, ihre „Hauptstadtuniversität“ auch geschichtspropagandistisch einzuverleiben, wovon nicht zuletzt ein in jeder Hinsicht schmaler Zweibänder von 1985 zeugt.¹⁶ Das wäre nicht erwähnenswert, wenn sich in den Einlassungen von Olbertz und Tenorth hier nicht bereits etwas andeuten würde – nämlich die Zeit der SED-Diktatur mit einem eigentümlichen Schleier zu umhüllen –, was nicht nur in diesen beiden Vorworten in Band 1 zu finden ist.

Heinz-Elmar Tenorth problematisiert in Band 1, der als letzter erschien, wie man überhaupt solch eine Geschichte schreiben könne. Letztlich ist ein methodischer Weg favorisiert worden, der sich spektakulärer anhört, als er originär ist. Die ersten drei Bände stehen unter der Überschrift „Biographie einer Institution“ und umfassen die Politik-, Sozial- und Institutionengeschichte. Mit „Praxis ihrer Disziplinen“ sind die Bände 4 bis 6 betitelt: darin werden Geschichten der einzelnen universitären Fachgebiete in ihren historischen Entwicklungen dargestellt. Den einleitenden Ausführungen des Herausgebers ist immer wieder anzumerken, daß ihm offenbar nicht ganz klar ist, ob der Spagat durchweg gelungen ist, „in gleicher Weise distanziert gegenüber dem Jubel wie gegenüber purer Selbstkritik“ (Bd. 1, S. XVI) zu erscheinen. Es sei die „dunkle Seite der Universität“ ebenso einzufangen, wie der „Eigenlogik von Wissenschaft“ Geltung zu verschaffen sei. Unbestreitbar sei, so Tenorth, „dass wissenschaftliche Arbeit zuerst disziplinbezogene wissenschaftliche Arbeit ist, die selbst unter den Bedingungen der beiden deutschen Diktaturen ihre eigene, von den je individuellen Akteuren selbst erzeugte – oder selbst missbrauchte – Geltung hatte, im *sacrificium intellectus* wie in der Selbstbehauptung wissenschaftlicher Arbeit gegenüber der politischen Überformung. Bevor man die Praxis der Disziplinen nicht im Lichte solcher Alternativen zwischen Eigenlogik der Wissenschaften und ihrer politischen Funktionalisierung beschrieben hat, aus beiden Perspektiven, sollte man nicht behaupten, dass die politische Überwältigung die universitäre Praxis dominierte. Die Geschichte der Universität zu Berlin, die wir vorlegen, spricht jedenfalls eine andere Sprache, kontinuierlich und dicht, wenn auch nicht in all ihren Stücken, aber

14 Vgl. Leussink, Hans/Neumann, Eduard/Kotowski, Georg (Hrsg.): *Studium Berolinense. Aufsätze und Beiträge zu Problemen der Wissenschaft und zur Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. Gedenkschrift der westdeutschen Rektorenkonferenz und der Freien Universität Berlin zur 150. Wiederkehr des Gründungsjahres der Friedrichs-Wilhelms-Universität zu Berlin.* Berlin 1960.

15 Vgl. *Forschen und Wirken. Festschrift zur 150-Jahr-Feier der Humboldt-Universität zu Berlin 1810–1960.* Hrsg. im Auftrag des Rektors, 3 Bände. Berlin (Ost) 1960.

16 Vgl. Humboldt-Universität zu Berlin. Hrsg. vom Rektor, 2 Bände. Berlin (Ost) 1985.

auch nicht nur in wenigen leuchtenden Ausnahmen.“ (Bd. 1, XVII). Das hört sich sehr vernünftig an – in einem DFG-Antrag würde man dies auch verstehen. Aber am Ende eines langjährigen Projekts die Rolle der Universität in den beiden Diktaturen mit einem entschiedenen „sowohl-als-auch“ zu beantworten,¹⁷ funktioniert vor allem, weil, wie noch zu sehen sein wird, die Bände 4 bis 6 nur in einem sehr losen Zusammenhang zu den Bänden 1 bis 3 stehen. In den Worten von Tenorth liest sich das zusammengefaßt so: „Die Universität zu Berlin wird im preußischen Staat in der Stunde einer tiefen Krise gegründet, wächst zu Rang und Reputation im Kaiserreich, erlebt in der ersten deutschen Republik eine Problematisierung ihrer herausgehobenen Rolle, übersteht aber auch die zwei wissenschaftspolitisch durchaus unterscheidbaren Diktaturen, bis sie im demokratischen Deutschland ihre Identität neu unter dem Anspruch der Gründung suchen kann. Das haben wir präsentiert, in der Biografie einer Institution und in der Praxis ihrer Disziplinen als Geschichte der Universität zu Berlin.“ (Bd. 1, S. XVIII)¹⁸

Die Besprechung dieser Universitätsgeschichte konzentriert sich auf einige grundlegende Aspekte.¹⁹ Auch dies kann nur exemplarisch erfolgen. Im Zentrum wird dabei immer wieder die Frage stehen, inwiefern es gelungen ist, die Versuche zur politischen Indienstnahme und die innerwissenschaftliche Rationalitätslogik jenseits solcher Ansprüche in den einzelnen Disziplinen darzustellen und plausibel zu machen. Denn so schillernd und interessant die Geschichte der Linden-Universität auch ist, aus ihrer 200-jährigen Geschichte sind die Zeitabschnitte seit 1933 von besonderem Interesse. Und dies aus zwei unmittelbar zusammenhängenden Gründen: Die Geschichte bis 1933 als fast globales Ereignis ist in ihren Grundzügen bekannt, selbst wenn Spezialisten auch in 100 Jahren noch viel Interessantes herausfinden werden. Und die Geschichte seit 1933 ist noch immer Streitgeschichte weit über den universitären Rahmen hinaus – selbst im Rahmen einer „bloßen“ Universitätsgeschichte. Und wie der historiographische Spagat, den der Herausgeber vorsichtig andeutet, tatsächlich gelungen ist, läßt sich an der „Praxis ihrer Disziplinen“ weitaus besser studieren als an der „Biografie einer Institution“.

Im ersten Band behandeln fünf Autoren die ersten einhundert Jahre der Universitätsgeschichte, für die zweiten einhundert Jahre benötigt das Unternehmen etwa doppelt so viel Raum – oder umgekehrt ausgedrückt: Die ersten einhundert Jahre werden in halb so viele Seiten gepreßt wie die zweiten. Die größten Seitenanteile in Band 1 teilen sich dabei die renommierten Autoren Tenorth und Charles E. McClelland, seit Jahrzehnten einer der besten Kenner der deutschen Universitätsgeschichte. Er behandelt die Zeit etwa von 1860 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Tenorth die Gründungsgeschichte, den Vormärz und die Revolution 1848 sowie Studium und Lehre. Hinzu kommen Beiträge über die Professoren (Werner Treß), das studentische Alltagsleben (Torsten Lüdtkke) sowie über die Verbindungen zwischen der Universität und der Stadt Berlin (Hannah Lotte Lund).

17 Siehe aus der Forschungsliteratur den mit ganz unterschiedlichen Befunden aufwartenden interessanten, international angelegten Sammelband von: Connelly, John/Grüttner, Michael (Hrsg.): Zwischen Autonomie und Anpassung: Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts. München/Wien/Zürich 2003.

18 Die Existenz der Freien Universität wird nicht geleugnet, aber es gibt nur eine „Universität zu Berlin“ (Bd. 1, S. XVIII). Das ist formal korrekt, de jure freilich ging mit dem Untergang der Monarchie 1918 die „ZU“-gehörigkeit verloren, beckmesserisch knapp drei Jahrzehnte später mit der Auflösung Preußens.

19 Band 3 wird von Bernd Florath gesondert vorgestellt.

Tenorth zeigt zunächst, daß der Gründungsprozeß der Universität einige Jahrzehnte andauerte und nicht einmal richtig klar sei, ab wann die neue Institution als funktionierende Universität anzusehen ist (Bd. 1, S. 6–8). Er arbeitet heraus, daß die Berliner Universität von Beginn an ein politisches Unternehmen war, das zwischen etwa 1860 und 1914 wissenschaftlichen Weltruhm erlangte. Interessant ist, daß die starke Politisierung und Ideologisierung der Universität, wie sie zwischen 1933 und 1989/90 unter unterschiedlichen diktatorischen Vorzeichen prägend sein sollte, durchaus mentale und kulturelle Kontinuitäten zu den Epochen zuvor aufwies (ebd., S. 97). In der Forschungsliteratur, nicht zuletzt von Tenorth selbst, längst diskutiert, zeigt der Autor erneut, daß die Rede von Humboldt als dem „Gründer“ der Universität nur in einem sehr abstrakten Sinne aufrechtzuerhalten ist (ebd., S. 68 f.), er ist die politisch wichtigste treibende Kraft – vom Philosophen bleibt wenig übrig (ebd., S. 71). Es dauerte einige Jahrzehnte, bis die etatmäßig stets hervorragend ausgestattete Universität zur größten (gemessen an Personal und Studierenden) Deutschlands wurde. Aber schon in der unmittelbaren Gründungsphase übten Berlin als Stadt der Macht und des Geistes sowie die angebotenen Gehälter genug Reize aus, um von Beginn an einen Teil der Wissenschaftselite hierher zu ziehen (ebd., S. 64 f., 73). So aufschlußreich Tenorths Ausführungen und Analysen auch sind – sie sind sehr stark, ja, zu stark auf die Normenvorgaben, wie sie zwischen Universität und Staat etwa in Form einer Verfassung und anderen Ordnungsbestimmungen ausgehandelt worden sind, orientiert. Vom inneren Leben der Universität erfährt man bei ihm sehr, sehr wenig. In seinem Kapitel über Studium und Studierende (ebd., S. 209–267) leuchtet einmal kurz und eher zufällig auf, was eine lebendige Universitätsgeschichte jenseits der Macht- und Berufungsgeschichten hergeben könnte (ebd., S. 240 f.). Diese Geschichte der Universität benötigt auch etwas Zeit, um überhaupt erstmals auf jene einzugehen, um die es nicht zuletzt bei einer Universität geht: die Studierenden (ebd., S. 123–126). Und auch Tenorths Behandlung der Revolution von 1848 („Revolution und Reaktion: Die Universität in der Mitte ihres Jahrhunderts“, ebd., S. 381–423), ein zentraler Gegenstand der Universitätshistoriographien überhaupt, bleibt etwas blutarm, zu stark auf formale Aushandlungsprozesse beschränkt. Daß Heinz-Elmar Tenorth, wie erwähnt, als Autor einsprang, darf man dabei nicht vergessen, aber eine solche Universitätsgeschichte wird so schnell keine Neufassung erfahren, weshalb zu konstatieren bleibt, daß diese Ausführungen sich als Nachschlagewerk gut eignen und durchaus den Charakter eines Handbuchbeitrages besitzen. Aber sie vergeben zugleich die Chance, über die Fakten- und politische Ideengeschichte hinaus kulturelle, gesellschaftshistorische und nicht zuletzt alltagsgeschichtliche Dimensionen der Universität zu einem lebendigen Kosmos zu vereinen. Das gilt auch für den Beitrag von Werner Treß, der den Lehrkörper bis 1860 untersucht (ebd., S. 131–207). Hinzu kommt hier, daß der Beitrag sehr disziplinar orientiert ist und so Überschneidungen mit Aufsätzen in Band 4 unvermeidlich waren. Bei einem solchen Mammutprojekt scheint es ohnehin kaum vermeidbar zu sein, daß immer wieder Redundanzen und Wiederholungen auftreten, was auch mit der Fülle der Autoren zusammenhängt und daher alle sechs Bände in der Gesamtschau betrifft.

Daß eine Universitätsgeschichte nicht nur buchhalterisch daher kommen muß, wissen wir nicht nur aus vergleichbaren Projekten,²⁰ es wird im vorliegenden Band auch von Torsten Lüdtko am Beispiel des studentischen Lebens bis zur Revolution (ebd., S. 269–324) und Hannah Lotte Lund in ihrer Analyse des Verhältnisses von Universität und Berliner Gesellschaft bis zum Vorabend der Revolution (ebd., S. 325–

20 Vgl. z.B. die Bände 1 und 2 der Geschichte der Universität Leipzig (Leipzig 2009/10).

380) eindrucksvoll und plastisch vorgeführt. Diese beiden Aufsätze führen kultur-, sozial- und politikgeschichtliche Aspekte vorbildlich mit universitätshistorischen zusammen. Sie leben nicht von grundlegend neuen Thesen, sondern von einer dichten und plastischen Beschreibung, die die Lektüre zu einem regelrechten Vergnügen werden läßt. Und gerade der Beitrag von Lund veranschaulicht einprägsam, wie die politische Universitätsneugründung zunächst in der Berliner Öffentlichkeit als neue „Salonvariante“ erschien und sich zugleich die Universität relativ rasch von der städtischen Öffentlichkeit separierte (ebd., S. 377–379).

Die zweite Hälfte des Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges behandelt Charles E. McClelland (Bd. 1, S. 425–654). Keine Frage, dieser monographische Abriß liest sich flüssig, ist überaus kenntnisreich und bezieht seine Stärke nicht zuletzt aus dem Umstand, daß McClelland die gesamte deutsche Universitätsgeschichte bestens kennt²¹ und daher in seinen Ausführungen immer wieder die notwendigen komparatistischen Perspektiven einbezieht. So zeigt er, daß der im 19. Jahrhundert sich ausbreitende „Forschungsimperativ“ an deutschen Universitäten keineswegs, wie oft behauptet wird, allein von Berlin ausging (ebd., S. 450 f.). Der Mythos vom „Humboldt-Modell“, wie auch Tenorth ausführte, kam erst am Ende des Kaiserreichs auf (ebd., S. 452).²² Bereits vor 1914 geriet die Universität in eine strukturelle Krise, die sie allmählich den Anschluß an internationale Forschungstrends verlieren ließ. Dieser oft erst für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg behauptete Befund wird von McClelland unter anderem damit begründet, daß von den heute von der Humboldt-Universität zu Berlin reklamierten 29 Nobelpreisträgern die wenigsten tatsächlich als Ordinarien an dieser Universität forschten (ebd., S. 510). Er konstatiert, daß sich schon vor 1914 zeigte, daß die Universität weder Feingefühl noch starkes „Interesse für die neuesten Forschungsfronten“ entwickelt hatte (ebd.). Am berühmten „System Althoff“ zeigt McClelland überdies, daß die oft vorgenommene Gegenüberstellung von „Staat“ und „Universität“ historisch immer nur eine Abstraktion darstellte und durch die finanzielle Abhängigkeit der Universität die Professoren immer mehr zu klassischen Staatsbeamten wurden (ebd., S. 573–575). Dafür dient als ein Beispiel auch der bekannte „Fall Aron“, dem als Privatdozenten für Physik, was sonst nur Beamte betraf, 1898 die Mitgliedschaft in der SPD untersagt wurde. Trotz Protesten wurde er entlassen. Schließlich ist hervorzuheben, daß McClelland einmal mehr mit dem Mythos aufräumt, die Professoren hätten im Kaiserreich eine besonders wichtige öffentliche Stimme gehabt (ebd., S. 589–592). Auf einzelne Prominente traf dies zu, für die Mehrheit allerdings galt, was Friedrich Meinecke im Rückblick auf das Jahr 1914 im Jahr 1922 festhielt: „Wir standen mehr in der Front als vor der Front.“²³

Der Beitrag von Charles McClelland offenbart allerdings eine Schwäche, die auch der bestens ausgewiesene Historiker letztlich nicht zu verdecken vermag und wodurch sich dieser Beitrag erheblich von den anderen in diesem Band unterscheidet: Die empirische Grundlage ist, freundlich ausgedrückt, etwas dünn. Die über 200 Seiten basieren ausschließlich auf früheren eigenen Forschungen zur deutschen

21 Vgl. etwa McClelland, Charles E.: *State, Society and University in Germany 1700–1914*. Cambridge 1980.

22 Siehe auch: Langewiesche, Dieter: Die ‚Humboldtsche Universität‘ als nationaler Mythos. Zum Selbstbild der deutschen Universitäten in ihren Rektoratsreden im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In: *Historische Zeitschrift* 290(2010) 1, S. 53–91.

23 Meinecke, Friedrich: Drei Generationen deutscher Gelehrtenpolitik. In: *Historische Zeitschrift* 125(1922), S. 248–283, hier S. 252. Das Zitat findet sich nicht bei McClelland.

Universitätsgeschichte sowie auf den Publikationen anderer. Wie man eine *neue* Gesamtgeschichte der Linden-Universität schreiben will, ohne alle Autoren und Autorinnen wenigstens dieser ersten drei Bände „zu verpflichten“, dafür eingehende Archivrecherchen zu unternehmen, bleibt rätselhaft. Diese Kritik trifft auf sonst keinen Autor oder keine Autorin der ersten drei Bände zu, was sich unter anderem dann auch in dem Umstand niederschlägt, daß alle anderen auch im Detail Neues anzubieten haben bzw. Zusammenhänge rekonstruieren können, für die – vielleicht sogar die abermalige – Sichtung archivarischer Überlieferungen unerlässlich war. Man mag einwenden können, daß gerade die Zeit des Kaiserreichs als besonders gut erforscht zu gelten habe. Das mag stimmen. Aber so souverän McClelland auch argumentiert und schreibt, so flüssig sich sein Beitrag auch liest, unter dem Gesichtspunkt eines speziellen Beitrages zur Berliner Universitätsgeschichte erfährt jeder mit einem gewissen Vorwissen ausgestattete Leser hier am wenigsten Neues. Über weite Strecken liest sich dieser Aufsatz wie ein Beitrag unter der Überschrift „Universitäten im Kaiserreich mit Beispielen aus der Berliner Universität“.

Der zweite Band setzt sich an keiner Stelle einer solchen Kritik aus. Für mich stellt dieses von Michael Grüttner, Christoph Jahr, Sven Kinas, Anne Chr. Nagel und Jens Thiel erarbeitete Buch das Glanzstück der gesamten sechsbändigen Edition dar. Schon der Einstieg von Grüttner in die ersten Nachkriegsjahre (Bd. 2, S. 7–24) bietet eine Historiographie der Universität, wie man sie dem gesamten ersten Band gewünscht hätte: anschaulich, analytisch, zuweilen packend zu lesen, dabei empirisch dicht und die vorhandene Forschungsliteratur einbeziehend. Sehr gut arbeitet Grüttner heraus, wie ab 1919 vor allem die Studentenschaft immer stärker eine politische Wendung nach Rechts außen vollzog, die einherging mit einer „antirepublikanischen Wende“ im Lehrkörper (ebd., S. 22). Am berühmten Fall des Medizinprofessors Georg Friedrich Nicolai, der sich als entschiedener Pazifist gemeinsam mit Albert Einstein gegen die deutsche Kriegspropaganda und gegen den Krieg überhaupt gestellt hatte, zeigt Grüttner, wie die Universität die Freiheit der Meinung verriet und Nicolai 1922 vertrieb: „Mit seiner Entscheidung gegen Nicolai hatte der Senat sich für die Idee der Nation als oberste Legitimationsebene entschieden und die Freiheit der Wissenschaft zu einer Angelegenheit von nachrangiger Relevanz erklärt. Dies war eine grundlegende Entscheidung, deren Bedeutung weit über den ‚Fall Nicolai‘ hinausreichte.“ (ebd., S. 49) Interessant an diesem Vorgang ist zudem, daß selbst hochangesehene Professoren, wie etwa der Theologe Adolf von Harnack, die intern gegen diese Entscheidung argumentierten, öffentlich mit ihrer gegenläufigen Meinung nicht hervortraten. Dies sagt nicht nur etwas über die innere Befindlichkeit der Universität, sondern zeigt auch, in welchem gesellschaftspolitischen Umfeld die Universität ihren immer aussichtsloseren Selbstbehauptungskampf führen mußte.

Den schon von McClelland konstatierten Bedeutungsverlust untermauert Grüttner empirisch für die Zeit nach 1918. Zwar konnten nach wie vor hervorragende Gelehrte gewonnen werden, zwar blieb die Universität gemessen an den Zahlen des Personals und der Studierenden (ebd., S. 190 f.) die mit Abstand größte in Deutschland, sie besaß ungebrochen höchstes Prestige in Deutschland für Professoren, aber die politische Situation in Berlin, so zeigt Grüttner, führte doch zu erheblichen Verlusten bei der Attraktivität des Standortes. Hinzu kamen materielle Mängel, wie zum Beispiel erhebliche Probleme bei der Beschaffung angemessenen Wohnraums für Neuberufene (ebd., S. 113–119). Zugleich aber zog die Universität auch aus materiellen Gründen weiter an, weil aufgrund der hohen Studentenzahlen die Kolleggelder zumeist weitaus üppiger ausfielen als anderswo. Wie andere Universitäten expandierte die Linden-Uni

in der Weimarer Republik nicht mehr. Die Einrichtung neuer Ordinariate war oftmals mit dem Wegfall anderer verbunden.

Die politische Entwicklung der Universität läßt sich nur schwer präzise fassen. Der latente Bürgerkrieg zeigte sich auch an der Universität – die Studentenschaft neigte immer stärker nach Rechtsaußen und zur NSDAP (ebd., S. 208). Da es seit 1930 Beamten in Preußen verboten war, Mitglied der NSDAP zu sein (ebd., S. 148), bleibt ein wichtiger Indikator für die Hochschullehrerschaft – die Parteimitgliedschaften – etwas konturarm. Knapp zwanzig Prozent aller Dozentinnen und Dozenten, hat Grüttner errechnet, waren parteipolitisch engagiert, ein Drittel davon bei der DNVP (ebd., S. 147). Die Politik der Toleranz gegenüber den Totengräbern der Republik reichte dieser zur Ehre, kam aber zugleich einer Selbstaufgabe der Demokratie gleich, stellt Grüttner auch für die Universität fest (ebd. S. 155). Das zeigte sich schließlich auch daran, daß dem nationalsozialistischen Regime aus der Universität nur wenig Widerstand entgegenschlug (ebd., S. 272–284).

Christoph Jahr schließt mit seinem Aufsatz dort an. Der von NS-Studenten entfachte „Gesinnungsterror“ (ebd., S. 298) gipfelte zunächst in der „Bücherverbrennung“ am 10. Mai 1933 direkt gegenüber dem Hauptgebäude. Dieses symbolische Greuel nahm vorweg, was Heinrich Heine 1821 Hassan sagen läßt, nach dem Almansor entsetzt von der Verbrennung des Korans auf dem Marktplatz von Granada berichtet hatte: „Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.“ Allein in Berlin verbrannten an diesem Abend über 20 000 Bücher, im ganzen Reichsgebiet fanden vor dem 10. Mai, an diesem Tage selbst sowie bis in den Sommer 1933 hinein Dutzende solcher Akte statt. Begleitet wurde diese Aktion durch das berüchtigte „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933. Die Berliner Universität verlor bis 1936 etwa ein Drittel ihres Lehrpersonals, nur die Universität in Frankfurt am Main verzeichnete einen geringfügig größeren Aderlaß (ebd., S. 309, 387). Zugleich wandte sich ein Teil der Hochschullehrer nun offen dem Nationalsozialismus zu und unterzeichnete zum Beispiel frühzeitig entsprechende Aufrufe (ebd., S. 311). Die fragile hochschulpolitische Autonomie ging verloren. Die nationalsozialistischen Funktionäre scherten sich nicht um diese, aus der Universität selbst kam zu wenig Widerstand gegen diese Aufgabe traditioneller Prinzipien. Jahr spricht zutreffend von der „Selbstgleichschaltung“ der Universität (ebd., S. 323).

Sven Kinas Beitrag über „Massenentlassungen und Emigration“ führt detailliert vor, welchem intellektuellen Aderlaß die Universität ausgesetzt war. Zu den 254 Entlassungen aus antisemitischen Gründen kamen (lediglich) 26 hinzu, die ausschließlich wegen der politischen Haltung erfolgten (ebd., S. 361, 387). Diese Verluste verstärkten „die sich bereits abzeichnende Tendenz, dass das Deutsche Reich die in vielen Wissenschaftsbereichen einstmals führende Stellung an die USA und Großbritannien zu verlieren drohte, wenn nicht schon verloren hatte.“ (ebd., S. 392). Von den 280 entlassenen Hochschullehrern emigrierten 198 (ebd., S. 397), von den 82 in Deutschland verbliebenen erlebten 56 das Kriegsende nicht (ebd., S. 398).

Anne Chr. Nagel untersucht die Stellung der Universität im „Dritten Reich“. Sie zeigt, daß es nationalsozialistisches Eiferertum ebenso gab wie stillschweigende Duldung, gelebten Dissens, aber auch mutige Selbstbehauptungsversuche Einzelner, die sich in der Rückschau nicht selten äußerst schwer erschließen und rekonstruieren lassen. Ihr Fazit allerdings scheint angesichts der Entlassungsquoten und der nur schwach ausgeprägten Tendenz zur Selbstbewahrung etwas sehr positiv: „Keine

nationalsozialistische Musteruniversität, aber auch kein Hort des Widerstandes – die Berliner Universität steuerte einen vergleichsweise unauffälligen Kurs durch das Dritte Reich, wie man es bei dieser größten und bedeutendsten Universität im Land kaum erwartet hätte.“ (ebd., S. 463). Im Wintersemester 1944/45 war fast jeder zweite Professor und Dozent Mitglied der NSDAP (46 Prozent). Nagel interpretiert diese Zahl damit, es habe „Reserven gegenüber der Partei“ gegeben (ebd.). Tatsächlich hatte es ein solches aktives Bekenntnis zu einer Partei in der Universitätsgeschichte bislang nicht gegeben – und selbst die kommunistische Nachkriegsentwicklung benötigte über zwei Jahrzehnte, um solche Kennziffern zu erreichen.²⁴ Dann allerdings scheint sie die 50 Prozentmarke deutlich übertroffen zu haben.²⁵

Wie stark Teile der Universität und des Lehrkörpers in die nationalsozialistische Verbrechenpolitik eingebunden waren, arbeitet Jens Thiel heraus. Auch wenn er nur einige Fälle exemplarisch schildern kann, deutet sich hier ein Ausmaß an, das die Universität partiell als einen „Täterort“ des Nationalsozialismus erscheinen läßt (ebd., spez. S. 525–537). Dabei ist auffällig, daß zum Beispiel das Wirken des Eugenikers Eugen Fischer (Rektor 1933/34), wie nicht selten in der Literatur, heruntergespielt wird.²⁶ Fischer war nicht nur ein entscheidender Stichwortgeber für die Nationalsozialisten, er hatte auch praktische Menschenversuche in den deutschen Kolonialgebieten vor 1914 unternommen²⁷ und sich aktiv an der NS-Ausrottungspolitik beteiligt. Seine Scheinkonflikte mit den Nationalsozialisten wiesen zwei Quellen auf: seine öffentliche Inthronisierung als Rektor empfand er, da sie ihm nicht angemessen erschien, als unwürdig. Und er warf den braunen Machthabern vor, ihn persönlich zu wenig zu würdigen: Alles was sie zu „Rassenfragen“ sagten, hätte er Jahre und Jahrzehnte vor deren Machtübernahme längst postuliert (was traurig aber wahr ist).

Aber die Universität war nicht nur ein „Täterort“, sie war in ähnlicher Perspektive auch ein „Opferort“. Zwar werden der Universitätsgeschichte immer wieder Widerstandsaktionen eingeschrieben, die nicht unmittelbar mit der Universität verbunden waren, zumal es sich nicht selten um Personen handelte, die nur lose der Universität verpflichtet waren und sonst in dieser Universitätsgeschichte eher randständig behandelt werden. Aber die Liste der Opfer des Nationalsozialismus stellt dennoch ein bedrückendes Zeugnis dar (ebd., S. 559–565). Die meisten Schicksale sind zuvor in dem Band behandelt worden. Warum allerdings diese biographische Liste nur die Wissenschaftler enthält und nicht auch Studierende und andere Angehörige der Universität umfaßt, bleibt rätselhaft. Wahrscheinlich ist der unbefriedigende Kenntnis- und Forschungsstand daran schuld. Aber auch andere Universitäten standen und stehen vor diesem Problem und haben dennoch solche Listen publiziert, eingedenk des Umstandes, daß sie unvollständig sind.

24 Vgl. Jessen, Ralph: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära. Göttingen 1999; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 2003.

25 In Bd. 3 finden sich dazu nur wenige Angaben, siehe etwa S. 382 (Beitrag von Middell) und S. 564–565 (Jarauschk).

26 Anders hingegen z.B.: Roller, Kathrin: Der Rassenbiologe Eugen Fischer. In: von der Heyden, Ulrich von der/Zeller, Joachim (Hrsg.): Kolonialmetropole Berlin. Eine Spurensuche. Berlin 2002, S. 130–133.

27 Vgl. etwa: Fischer, Eugen: Die Rehobother Bastards und das Bastardierungsproblem beim Menschen. Anthropologische und ethnographische Studien am Rehobother Bastardvolk in Deutsch-Südwest-Afrika. Jena 1913. Vor allem zur ideologischen Gebundenheit Fischers aufschlußreich: Weingart, Peter/Kroll, Jürgen/Bayertz, Kurt: Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland. Frankfurt/M. 1988.

Alle drei Bände zur „Biographie einer Institution“²⁸ werden durch Tabellenanhänge und Personenregister komplettiert. Institutionen- und Ortsregister vermißt man schmerzlich.

Die drei Bände „Praxis ihrer Disziplinen“ weisen ebenfalls keine Institutionen- und Ortsregister auf. Das ist auch deshalb bedauerlich, weil diese voluminösen Bände noch weniger zur Gesamtlektüre geeignet sind als die ersten drei Bände.

In jeden Band der „Praxis ihrer Disziplinen“ führt Heinz-Elmar Tenorth mit einer umfassenden Einleitung ein. Diese ist jeweils informativ, leidet aber auch darunter, daß die Bände 4 bis 6 vor den ersten drei erschienen sind. Deshalb gibt es hier sehr viele Wiederholungen von Entwicklungen, die aus der „Biographie einer Institution“ bekannt sind. Warum eigentlich müssen Universitätsgeschichten tausende Seiten umfassen, während sich nicht selten ganze Länder- oder Epochengeschichten, die ja weitaus komplexer als Universitätsgeschichten sind, in einigen hundert Seiten erzählen lassen?

Die Bände 4 und 5 behandeln die Geschichte der universitären Disziplinen bis 1945: Theologie, Rechtswissenschaften, Philosophie, Historische Disziplinen, Philologien, Sozialwissenschaften, Mathematik, Naturwissenschaften und Medizin. Als Autoren und Autorinnen konnten fast durchweg anerkannte Fachvertreter gewonnen werden. Die Beiträge sind meist souverän geschrieben, den umfänglichen Stoff beherrschen die Autoren und Autorinnen ebenso, wie sie die Geschichte der untersuchten Disziplin bis ins letzte Detail kennen. Bis auf die Beiträge über die Mathematik (Bd. 4, S. 465–486; Bd. 5, S. 675–690)²⁹ kann sie auch jeder Nichtexperte verstehen. Die Disziplinbildungen etwa der Physik (Bd. 4, S. 395–424), der Biologie (ebd., S. 425–446) oder Chemie (ebd., S. 447–464) werden ebenso nachvollziehbar geschildert wie der Niedergang der „Berliner Physik“ (Bd. 5, S. 549–573) oder der Chemie (ebd., S. 575–603) oder die Institutionalisierung der Agrarwissenschaften (ebd., S. 627–649). Das gilt erst recht für die Abhandlungen über Rechtswissenschaften, Historische Wissenschaften, Theologie, Sozialwissenschaften, Philologien oder Philosophie, Fächer, deren Vertreter und Vertreterinnen diese Bände wahrscheinlich durchschnittlich häufiger zur Hand nehmen werden als Naturwissenschaftler, Mathematiker, Mediziner oder Agrarwissenschaftler. Allen Beiträgen ist zudem gemein, daß sie das behandelte Fach im Nationalsozialismus sehr kritisch betrachten und fast durchweg zu der Auffassung gelangen, daß man nach der Ausschaltung jüdischer und politisch andersdenkender Professoren in der Regel den neuen Machthabern nicht nur nicht im Wege stand, sondern ihnen ganz überwiegend willfährig zu Diensten war oder gar ihre Weltsicht voll und ganz teilte. Die Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte entfalten jedenfalls in diesem Punkt eine mindestens partiell andere Perspektive auf die Universitätsgeschichte im Nationalsozialismus, als es letztlich das Fazit in Band 2 nahelegte. Rainer Schröder schreibt in seinem Beitrag über das Zivilrecht 1850 bis 1945: „Die neue Aufgabe der Universität war es, Ideologie zu produzieren und durchzusetzen. Das charakterisiert übrigens das Bestreben aller diktatorischen Regimes.“ (Bd. 5, S. 171). Auf diese Klarheit im Befund, den zu bestreiten wahrscheinlich niemand ernstlich auf die Idee käme, wird noch zurückzukommen sein.

28 Band 3 wird von Bernd Florath gesondert vorgestellt.

29 Ich hätte gern ein Beispiel angefügt, aber für so schöne Formeln wie auf S. 470 f. (Bd. 4) taugt leider mein Textverarbeitungsprogramm nicht.

So deutlich die Äußerungen über die politisch-ideologische Funktion der Disziplinen 1933 bis 1945 ausfallen, so unscharf bleiben sie überwiegend, wenn es um die Beteiligung dieser an der Kolonialpraxis vor 1918 geht. Selbst die Aufsätze zur Afrikanistik (Bd. 5, S. 535–546), Geographie (ebd., S. 651–674) oder zur „Sozial- und Rassenhygiene“ (ebd., S. 753–775), um nur drei markante Beispiele zu nennen, bleiben einigermäßen unkonkret. Die „Menschenversuche“ etwa an Afrikanern und Afrikanerinnen verschwinden ebenso in der Bleiwüste, so sie überhaupt Erwähnung finden, wie auch die Sammlungen von Schädeln, Knochen und anderen menschlichen Überresten, die nicht selten von Opfern aus Massakern deutscher Kolonialtruppen stammten. Die Universität und ihre Medizinische Fakultät, aber nicht nur diese, hatten dieses „Menschenmaterial“ aber zu „Forschungszwecken“ aufbewahrt. Die meisten Autoren und Autorinnen haben dabei eine Methode der Verschleierung gewählt, die fast schon perfide zu nennen ist: Sie kritisieren die Praxis, die Kolonial-, Rassismus- und Nationalsozialismusideen zu befördern, zu unterstützen und zu verbreiten, bleiben aber dabei abstrakt, allgemein und gehen nur ganz selten auf Details ein, nennen nur selten Namen.³⁰ Das eigentliche Ausmaß der Verstrickung bleibt so unbenannt, zugleich sichern sich die Autoren gegen Kritik ab, indem sie die Problematik allgemein als „Phänomen“ erwähnen, die konkreten Fakten und die universitären Verantwortungsträger aber ausblenden.

Abgesehen von dem ersten Beitrag über die Kunstgeschichte (Bd. 4, S. 237–263), in dem wider einschlägige Interpretationen gelockt wird, haben wir es mit wissenschaftshistorischen Aufsätzen zu tun, die die Berliner Disziplinengeschichte fast durchweg und ausschließlich entlang der Werke von berühmten Professoren erzählt. Da sich in Berlin gerade bis 1933 ein Großteil der deutschen Wissenschaftselite befand, entstehen so zwar zum Teil faszinierende Bilder wissenschaftlicher Entwicklungen und Auseinandersetzungen, aber die sind nicht nur überwiegend hinlänglich bekannt, sie sind meist auch ermüdend für all jene, die sich ein bißchen in der deutschen Wissenschaftsgeschichte der letzten 200 Jahre auskennen – und ich meine wirklich: ein bißchen. Da werden uns die Werke der großen Philosophen, Juristen, Theologen, Historiker, Archäologen, Soziologen, Pädagogen, Philologen, Ökonomen, Mediziner oder Naturwissenschaftler vorgeführt, als gebe es nicht dutzende und mehr Einführungen und Spezialabhandlungen, in deren Hauptwerke und die von ihnen vertretenen Disziplinen.

Nun mag man einwenden, was kann die Berliner Universität dafür, daß sie zwischen Anfang des 19. Jahrhunderts und 1933 der Nabel der wissenschaftlichen Welt Deutschlands und zum Teil darüber hinaus war. Dagegen läßt sich nichts sagen. Aber hätte man nicht von einer auf die Berliner Universität orientierten „Praxis ihrer Disziplinen“ erwarten dürfen, daß wenigstens der ein oder andere Autor nicht nur Sekundärliteratur zur Hand nimmt, sondern auch das Archivgut konsultiert, um etwas herauszufinden, was nicht ohnehin schon der Fachwelt und darüber hinaus bekannt ist? Die „Praxis von Disziplinen“ schlägt sich doch nicht allein in handbuchartigen Ausführungen unter der Überschrift nieder: „Der Beitrag der Berliner Universität zur Wissenschaftsgeschichte bis 1945 dargestellt an den Publikationen ihrer Professoren“. Wir erfahren aus diesen beiden Bänden so gut wie nichts über die Kämpfe um Posten und Berufungen, den gesamten Mittelbau scheint es für die professoralen Autoren historisch (nur historisch?) nicht gegeben zu haben, und was sich in der Lehre abspielte, wie sie sich vollzog und was dort wie zur Sprache kam – irgendwie ist die

³⁰ Besonders professionell verschleiern dies etwa die Autoren, die über „Volks- und Völkerkunde“ (Bd. 5, S. 303–319), Afrikanistik (ebd., S. 535–546) oder Geographie (ebd., S. 651–674) schreiben.

Lehre ja doch ein Daseinszweck jeder Universität – bleibt fast durchgängig unerwähnt (eine Ausnahme wäre zum Beispiel Bd. 4, S. 327–329). Zu schweigen davon, daß in der „Praxis ihrer Disziplinen“ der ewige Kampf zwischen Wissenschaft und Bürokratie nur anhand einzelner Forschungsgebiete wie bei Otto Hintze erwähnt wird, aber nicht konkret als Bestandteil der „universitären Praxis“.

So bleibt festzuhalten, daß diese beiden Bände souveräne wissenschaftsgeschichtliche Einführungen bieten – dazu hätte es aber keiner neuen voluminösen Universitätsgeschichte bedurft. Vielleicht entschädigt ja Band 6, der die Zeit nach 1945 behandelt, weil wir wissenschaftsgeschichtlich über sie bislang am wenigstens wissen?

In seiner Einleitung zu Band 6 erklärt Tenorth, daß es nicht allein darum gehen könne, die Geschichte der HU „als die Erzählung einer politischen Überwältigung und Fremdkontrolle, sondern auch als Historie einer selbstständigen Praxis in den Grenzen einer Diktatur“ (Bd. 6, S. 20) darzustellen. Es gehe um „das Eigenleben einer Institution“. Die hier enthaltene implizite These von der „politischen Überwältigung und Fremdkontrolle“ schließt die Selbstpreisgabe offenbar ebenso aus wie den Anteil der Universität selbst, der Ideologie nicht nur unterlegen gewesen zu sein, sondern diese selbst in einem erheblichen Maße produziert zu haben (vgl. auch ebd., S. 34). Tenorth beschreibt als „leitende und übergreifende Frage an die Autoren [...], zu analysieren, ob und wie es den Disziplinen gelingt, zwischen den politisch-ideologischen und weltanschaulichen Vorgaben einerseits und den Leitbegriffen der eigenen Tradition und der internationalen Forschung andererseits eine eigene Disziplinergestalt in Forschung und Lehre zu entwickeln und dabei vielleicht sogar die politische Erwartung einzulösen, die einzelnen Wissenschaften ‚marxistisch-leninistisch‘ neu zu entwerfen.“ (ebd., S. 34 f.) Die Universität und ihre Disziplinen können nicht analysiert werden, so Tenorth, ohne deren Selbstbeschreibungen als Folie zu nehmen (ebd., S. 42). Vor 1989 nannte man so etwas „systemimmanente Betrachtung“, seit Mitte der 1990er-Jahre haben sich dafür Begriffe wie „anormale Normalwissenschaft“³¹ oder „beherrschte Normalwissenschaft“³² eingebürgert, die auch Tenorth benutzt, die aber dadurch auch nicht plausibler werden. Interessant an diesen Einlassungen ist vor allem der Umstand, daß der Herausgeber überhaupt die Notwendigkeit sieht, einen gemeinsamen Interpretationsrahmen der nachfolgend abgedruckten Beiträge zu entwerfen. Und ebenso erstaunlich dürfte es für jene sein, die ein Mindestmaß an Kenntnissen über die ostdeutschen Hochschulen insbesondere in der Honecker-Ära mitbringen, daß Tenorth mehrfach einen angeblichen Gegensatz zwischen SED-/FDJ-Strukturen einerseits und universitären Bestrebungen andererseits pauschal behauptet (ebd., zum Beispiel S. 22, 25, 28). Diesen angeblichen Gegensatz zur alltäglichen Normalität zu stilisieren, stellt jedenfalls bislang gängige Interpretationen in Frage, die überwiegend diese hier behauptete Normalität als Ausnahmen ansahen.

Der dritte Band dieser Geschichte taugt nur bedingt, um als Referenzrahmen für die disziplingeschichtlichen Studien in Band 6 dienen zu können. Dafür gibt es vielerlei

31 Jarausch, Konrad H./Middell, Matthias/Sabrow, Martin: Störfall DDR-Geschichtswissenschaft. Problemfelder einer kritischen Historisierung. In: Dies., Igers, Georg G. (Hrsg.): Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem (= Historische Zeitschrift: Beihefte, NF, Bd. 27), München 1998, S. 50.

32 Sabrow, Martin: „Beherrschte Normalwissenschaft“. Überlegungen zum Charakter der DDR-Historiographie. In: Geschichte und Gesellschaft 24(1998), S. 412–445.

Gründe und sachliche Einsprüche. Der wichtigste aber liegt darin, daß nirgends klar und deutlich die tatsächlich maßgebliche Struktur an der Universität beim Namen genannt wird. Denn offenbar ist den meisten Autoren und Autorinnen nicht bewußt, daß die SED mit ihrer Kreisleitung an der Universität in allen Fragen das Sagen hatte. Vielleicht ist ihnen das sogar bekannt, aber offenbar ist ihnen nicht klar, welche Folgen sich daraus ableiteten.³³ In Band 3 zeigt sich dies an der Institutionengeschichte selbst, die weitgehend ihrer SED-Struktur entkleidet wird (Bd. 3, S. 564).

In Band 6 zeichnen die meisten Autoren und Autorinnen Disziplinbilder, die an der historischen Realität vorbei erzählen. Vor des Lesers geistigem Auge entsteht eine Universität in der SED-Diktatur, die mit einigen ideologischen Vorgaben zu kämpfen, die weithin den internationalen Anschluß verloren, die unter erheblicher Ressourcenknappheit zu leiden hatte und zugleich unentwegt und mehrheitlich um ihre wissenschaftliche Selbstbehauptung rang. Es entstehen fast durchweg Konfliktbilder, Kämpfe um Selbstbehauptung, es geht meist um die „reine“ Wissenschaft. Warum eigentlich mußte und sollte die Universität nach 1989 strukturell und personell grundlegend neu aufgebaut werden? Dieser Band gibt darauf keine Antwort, weil die Beiträge überwiegend auf einer abstrakten, realitätsfremden Ebene argumentieren. Das Systemtypische bleibt meist unbenannt, gerade weil viele Autoren die durchsichtige Methode wählten, hie und da anonym die Partei zu benennen: SED, Ideologie, ML..., ohne freilich die Konsequenzen in den Blick zu nehmen.

Zu dieser Pauschalmethode gehört auch, generell einzugestehen, daß das Ringen um wissenschaftliche Selbstbehauptung nicht immer erfolgreich war, die meisten Wissenschaftler nur Mittelmäßiges leisteten, wofür oftmals die obwaltenden Umstände verantwortlich waren, aber der Durchschnitt war auch nicht schlechter oder besser als an einer Universität sonstwo auf der Welt. Es ist schon erstaunlich, wie es zu solchen Bildern kommen kann. Das „funktioniert“ aber, weil so zentrale Fragen wie die nach den Karrierewegen von Hochschullehrern oder der Entscheidungsgrundlage dafür, wer was studieren durfte, zu welchen Studienfächern man zwingend delegiert werden mußte und was eigentlich gelehrt wurde,³⁴ überhaupt erst das spezifische Eigenleben der Universität im Kommunismus erklären können. Diese Fragen werden jedoch erst gar nicht gestellt.

Inga Markovits schreibt über die „Juristische Fakultät im Sozialismus“ (Bd. 6, S. 91–135). Sie bringt das allgemein in diesem Band vorherrschende Unverständnis auf den Punkt: „Die Humboldt-Juristen sollten gleichzeitig zwei Herren dienen: ihrem beruflichen Selbstverständnis und der Politik der SED.“ (ebd., S. 127) Offenbar traf sie keine Gesprächspartner, die ihr erklärten, daß es diesen scheinbaren Widerspruch bei den Juristen fast nie gab. Vielleicht hätte sie die politische Rolle der Rechtswissenschaften in der DDR, wie sie unzählige Male bis 1989 beschrieben worden ist, ernster nehmen sollen. Aber eventuell hätte das auch nichts genützt, denn wenn man, wie Markovits, glaubt, daß die DDR dem Ziel „eine gut funktionierende, zugängliche, bürgerfreundliche Justizverwaltung [...] trotz allem näher als manch anderer Staat“ (ebd., S. 132) war, dann helfen wahrscheinlich die nackten Tatsachen ohnehin nichts mehr. Ihrem Text ist an keiner Stelle zu entnehmen, wer eigentlich Jura studieren durfte und daß zu diesem Studium – mit Ausnahme einiger von den Kirchen

33 Die Entstehungsgeschichte ist beschrieben in: Kowalczyk: Geist im Dienste der Macht. In meinem Beitrag „Die Humboldt-Universität zu Berlin und das Ministerium für Staatssicherheit“ habe ich einige Konsequenzen aufgezeigt (Bd. 3, S. 437–553).

34 Es gibt immer mal kleinere Ausnahmen, so etwa die Angabe bei den Kunsthistorikern, daß über die Hälfte des Studiums fachfremde Lehrveranstaltungen ausmachten (Bd. 6, S. 401; siehe auch Angaben zum Physikstudium ebd., S. 566).

delegierter Studenten– nur das Justiz- und Innenministerium (und deren nachgeordnete Institutionen), das MfS und die SED delegieren konnten, was ja eigentlich als aussagekräftige Information schon mehr als genug besagt. Über die Lehrinhalte erfährt man nichts, dafür aber, daß in der Honecker-Ära die Politik (sie meint Ideologie, Politik gab es in der DDR bekanntlich nicht) „aus den Sektionsberatungen verschwindet. Aber sie ist zur Routine und damit von einer Glaubensangelegenheit zu einer Sache der Verwaltung geworden.“ (ebd., S. 115) Und noch besser oder naiver oder einfach nur noch zum Kopfschütteln: „An der Juristischen Fakultät wurde die politische Alltagsarbeit, soweit es ging, an Untergebene delegiert.“ (ebd.) So ähnlich hat sich übrigens Erich Honecker nach 1989 auch geäußert.³⁵

Die Autorin verläßt sich auf Dokumente (Protokolle), denen ohnehin nicht viel zu entnehmen ist – damals wie heute nicht. Dieser Beitrag ist in jeder Hinsicht – methodisch wie inhaltlich – so abenteuerlich, daß ich manchmal nur noch laut lachen konnte. Die Texanerin zitiert zum Beispiel ein Protokoll von 1962 und ist völlig baff, wie „offen“ die Genossen „diskutierten“. Immer wieder fällt der Terminus „Meinungsstreit“ – was Inga Markovits offenbar an die Streitkultur nordamerikanischer Universitäten erinnert. Vielleicht hätte ihr mal jemand erklären können, was mit diesem Begriff in der DDR wirklich gemeint war und daß er zu denjenigen gehörte, den die SED-Genossen mit am häufigsten verwendeten. Vielleicht hätte ihr auch mal jemand sagen sollen, wie oft diese HU-Juristen als Gutachter für das MfS und Mdi in politisch motivierten Strafprozessen auftraten. Vielleicht hätte sie einmal die intensive Zusammenarbeit dieser Sektion mit der Sektion Kriminalistik – einer faktischen Stasi-Einrichtung an der Universität – beleuchten sollen.³⁶ Vielleicht hätte sie auch mehr „wissenschaftliche“ Ausarbeitungen der DDR-Juristen lesen sollen, Dissertationen und Bücher, Zeitungsartikel und Radiosendungen zum Beispiel. Vor allem der letzte, bezeichnende Satz des Beitrages schlägt dem Faß den Boden aus: „Was ist geblieben? Vielleicht die Bereitschaft von juristischen Handwerkern in beiden Teilen Deutschlands, ihre Energie und ihr Talent für die vernünftige und menschenfreundliche Lösung von Konflikten einzusetzen.“ (ebd. S. 135) Vielleicht hätte man auf diesen peinlichen Beitrag einfach verzichten sollen? Vielleicht paßt er aber auch ins Konzept: „Selbstbehauptung einer Vision“? Vielleicht sollte bei dieser „Vision“ doch noch einmal genauer hingeschaut werden.

Guntolf Herzberg hingegen schreibt ganz anders über die Philosophie 1945 bis 1990 (ebd., S. 139–176). Er blendet die ideologisch-politischen Auseinandersetzungen ebensowenig aus wie er betont, daß es sich um handverlesene Studierende handelte (ebd., S. 169). Bei ihm wird, wie nicht anders zu erwarten, erwähnt, was fast in allen anderen Beiträgen fehlt: eine Institution namens MfS (ebd., zum Beispiel. S. 170). Kritisch bei Herzberg ist anzumerken, was sich wie eine rote Linie durch den gesamten Band zieht: Es werden fast ausschließlich jene Hochschullehrer behandelt, die es überhaupt zu einem Werk gebracht haben, das in einer Wissenschaftsgeschichte wenigstens erwähnenswert ist. Das ist eine Mogelpackung, die für Universitätsgeschichten, die wie Firmenfestschriften daherkommen, typisch ist. Nur war es in der DDR und an der HU ebenso typisch, daß neben einigen Köpfen eine große Masse lehrte und irgendwie forschte und publizierte und damit das Innenleben

35 Vgl. Andert, Reinhold/Herzberg, Wolfgang: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör. Berlin/Weimar 1990.

36 Nur durch Zufall ist die Sektion Kriminalistik überhaupt in dieser HU-Geschichte behandelt worden, im Band 6 taucht sie nicht auf, siehe aber meinen Beitrag in Band 3, spez. S. 537–541.

und die Außenwahrnehmung weitaus stärker beeinflusste als es uns allein der Blick auf die „Köpfe“ erkennen läßt. Und noch weniger ist es Herzberg anzukreiden, sondern dem Herausgeber, daß die nach den Sektionen Landwirtschaft und Veterinärmedizin drittgrößte an der HU – nämlich die für Marxismus-Leninismus – in dem Band (wie die Kriminalisten, aber auch einige andere, allerdings weniger bedeutende) gar nicht behandelt wird. Das ist erwähnenswert, weil diese Sektion mit ihrem Lehrpersonal in jedem Studienfach präsent war – das obligatorische Grundstudium war für die meisten Studierenden zwar eine lästige Nebensache. Aber vernachlässigen durfte man sie nicht, weil diese Noten entscheidend bei der Gesamtbewertung des Studienabschlusses waren – ebenso bei der Benotung einer fachwissenschaftlichen Dissertation, auch in diese Bewertung floß die Note aus dem ML-Pflichtstudium entscheidend ein. Und daß selbst die Geschichte der ML-Sektion Spannungen enthält, zeigt etwa das Schicksal von Lothar Kühne, der in diesem Band nur zwei Mal randständig erwähnt wird (S. 154, 397). Von Kühnes Vorlesungen schwärmen noch heute viele, die dabei waren; sein Buch *Gegenstand und Raum* (1981) hatte bei Interessierten avantgardistischen Kultstatus, sein Suizid 1985 beförderte dies noch. Kein Wort davon in dieser HU-Geschichte.

Auch der Aufsatz von Sven Ebisch und Mitchell G. Ash über die „Psychologie“ (S. 187–207) konzentriert sich auf unumstrittene wissenschaftliche Leuchttürme wie Friedhardt Klix oder Hans-Dieter Schmidt. Auch hier hätte mich ein Blick in die SED- und Stasi-Strukturen respektive Verwicklungen und Einflußnahmen interessiert, auch hier fehlt der Hinweis auf die Zugangsmodalitäten zum Studium, auch hier fehlt jeder Hinweis auf die Gutachtertätigkeit für Justiz und Staatssicherheit.

Der Beitrag von Hellmut Wollmann über die Soziologie (ebd., S. 233–254) beschreibt diese als eine andauernde Konfliktgeschichte. Man reibt sich die Augen, wenn man die Schriften der von ihm so hochgelobten Soziologen kennt und seine fast ins Hymnische ausufernden Lobpreisungen liest: Selbst Erich Hahn erscheint hier als ein redlicher Nur-Wissenschaftler (S. 239). Der Verfasser scheint auch nicht verstanden zu haben, warum die SED lange Zeit einer eigenständigen Soziologie und erst recht bis zuletzt einer Politikwissenschaft (S. 249–250) skeptisch bzw. ablehnend gegenüberstand. Sie sah beides im „historisch-dialektischen Materialismus“ hinreichend verankert – die Soziologen konnten sich als Fach etablieren, ohne freilich diese ideologische Klammer abstreifen zu können (oder zu wollen). Wollmanns Geschichte ist die einer unentwegten Repression und innerer Reformphasen. Dadurch entwertet er ungewollt die tatsächlichen Leistungen etwa von Artur Meier (S. 247), der, wie Studierende berichteten, eine vergleichsweise offene Studienatmosphäre ermöglichte und auch jungen Leuten zum Soziologiestudium verhalf, die unter den obwaltenden Zulassungsbedingungen eigentlich gar nicht hätten immatrikuliert werden „dürfen“.³⁷ Statt darauf einzugehen, verbreitet er die Mär, Dieter Kleins Broschüre „Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus“ hätte 1988 gegen das SED-Dogma vom „aggressiven Wesen des Kapitalismus“ aufgebeehrt (S. 248). Tatsächlich hatte Klein nicht nur Friedrich Engels‘ berühmte Artikelserie von 1893 („Kann Europa abrüsten?“) aufgegriffen, er lag damit auf der Linie dessen, was mit „friedlicher Koexistenz“ seit Gorbatschow nochmals einen neuen Klang erhalten hatte. Und außenpolitisch blieb Moskau bei allen sonstigen Differenzen auch nach 1985 für Ost-Berlin tonangebend – Dieter Klein und seine Mitstreiter hatten überdies Auftraggeber in der SED-Führung. Wollmann stützt sich in seinen Ausführungen ohnehin sehr stark und einseitig auf (verklärende) Auskünfte um die sogenannten SED-Reformer um

³⁷ Das erwähnt Wollmann nicht.

Klein, Dieter Segert und andere. Daß es sich dabei um „Reformer“ handelte, denen es nicht um eine demokratisch-freiheitliche Veränderung der Regimeverhältnisse ging, scheint noch längst nicht überall bekannt zu sein (wie Wollmann auch Markovits, ebd., S. 119 f.).³⁸

Der Beitrag über die Wirtschaftswissenschaftler (S. 255–275), immerhin eine der größten Sektionen an der HU mit einer nicht gering zu achtenden systemtragenden Funktion, weist eine Besonderheit auf, die von den Autoren zwar angesprochen, aber nicht überzeugend beantwortet wird: Sie konzentrieren sich nur auf das, was aus westlicher Sicht interessant ist. So bleiben die Jahre nach 1968 praktisch unbeleuchtet – man mag dies auch als eine inhaltliche Aussage werten. Mit dem gleichen Argument freilich hätte sich der gesamte Band 6 auf ein Drittel zusammenstampfen lassen.

Ein Beitrag über die Sportwissenschaft an der HU verweist zwangsläufig auf zwei häufig diskutierte Fragen: 1. Wie schlug sich die Militarisierung der Universität am Beispiel des obligatorischen Sportunterrichts und der betriebenen Sportwissenschaft nieder? 2. Waren Sportwissenschaftler der HU in irgendeiner Weise am DDR-Staatsdoping aktiv beteiligt? Die erste Frage kann schon deshalb von Elk Franke (ebd., S. 295–311) nicht systematisch angegangen werden (S. 299 f.), weil er etwas naiv als zentrale Quelle für die Frühgeschichte des Instituts bis 1971 eine an der HU 1986 verteidigte Dissertation benennt (S. 299, Anm. 6). Wie die meisten – nicht alle! – Autoren dieses Bandes scheute er den Gang ins Archiv, was für eine neue Universitätsgeschichte schon einigermaßen kurios anmutet. Auf die Frage, ob und in welchem Umfang die HU am Doping beteiligt war, gibt er demzufolge zu Protokoll: Dies „kann aufgrund der bisher zur Verfügung stehenden Datenlage weder bestätigt noch bestritten werden.“ (S. 305) Vielleicht wäre es besser gewesen, auf diesen Beitrag ebenso zu verzichten wie auf die Beiträge über die Sektionen Kriminalistik oder Marxismus-Leninismus.

Gabriele Jähnerts Aufsatz über „Geschlechterforschung/Gender Studies“ (S. 313–329) ist noch kurioser: Hätte sie ihren Beitrag beginnen lassen mit dem „Aufruf zur Gründung eines Zentrums interdisziplinäre Frauenforschung“ (ZiF) an der HU vom November 1989, so hätte sie die Erfolgsgeschichte des ZiF seither beschreiben können. Aber die Autorin wollte sich damit nicht begnügen und konstruiert eine Frauen-/Genderforschung an der HU vor 1989, die es ganz unabhängig von den wissenschaftlichen Leistungen von Irene Dölling oder Hildegard Maria Nickel und der inspirierenden Lehre von Hanna Behrend oder Eva Kaufmann so nie gegeben hat. Jähnert subsumiert einfach alles, was sich „Frauenthemen“ zuschlagen läßt, unter „Frauenforschung“ und schlägt damit eine historische Schneise für die späteren Gender Studies. Dieser wissenschaftshistorisch bedenkliche Weg wird noch problematischer, weil sie ebenfalls eine bloße Konfliktgeschichte konstruiert, in der ihre Protagonistinnen allein als Kontrahentinnen der offiziellen Wissenschafts- und Kulturpolitik erscheinen, aber deren eigene SED-Verwurzelung und wohl auch wenigstens partielle Übereinstimmung mit dieser Politik unsichtbar bleibt.

³⁸ Dazu ist viel geschrieben worden. Wollmann stützt sich mehrfach auf: Segert, Dieter: Das 41. Jahr. Wien/Köln/Weimar 2008. In Band 3 nenne ich dieses Buch „passagenweise peinlich“ (S. 531, Anm. 320), dort gehe ich auch knapp auf „außerwissenschaftliche“ Aktivitäten dieser „Reformer“ ein. Ausführlicher zum Problem „SED-Reformer“: Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. 2., durchgeseh. Aufl. München 2009, S. 311–317.

„Unsichtbar“ ist vielleicht das Stichwort, mit dem sich die meisten Ausführungen in diesem Band charakterisieren lassen. Wolfgang Hardtwig und Alexander Thomas etwa schreiben über die „Neuzeithistorie“ nach 1945 (ebd., S. 333–359). Auch sie konzentrieren sich auf einige Lichtgestalten, auch sie gehen nicht auf die Rekrutierungsbedingungen für ein Geschichtsstudium ein, auch sie vernebeln die Kongruenz zwischen SED-Parteilichkeit und Historiographie, auch sie gehen mit keinem Wort auf die strukturelle Verflechtung von Universität, Fachwissenschaft, SED und Staatssicherheit ein, obwohl die meisten ihrer Protagonisten dafür beredete Beispiele abgaben. Bei ihnen „übte die Partei über die gesamte Zeit der SED-Herrschaft hinweg erheblichen Druck auf die Historiker“ der HU aus (S. 342). Dabei übersehen sie offenbar, daß diese „Partei“ nicht irgendeine anonyme Veranstaltung war, „die Partei“ nicht etwa über den Historikern stand, sondern die SED-Geschichtsdogmen von den Historikern gelehrt und zum Teil miterfunden worden sind, „wissenschaftlich belegt“, ja sogar auf deutsch-deutschen Historiker-Konferenzen im Westen voller Überzeugung gegen vorsichtig kritische Einwände verteidigt worden sind. Sie erwähnen sogar, anders als die meisten anderen Autoren in diesem Band, einige Repressionen (S. 343), ohne aber die (bekannten) betroffenen Namen zu nennen. Auch die konkret Verantwortlichen bleiben im Dunkeln. Im Fall von Kurt Pätzold wird ihm sogar wahrheitswidrig abgesprochen, aktiv beteiligt gewesen zu sein. Die einzige Quelle dafür ist, was Historikern eigentlich nicht passieren sollte, ein apologetisches, ungenießbares Buch von Pätzold selbst (S. 343, Anm. 42). Der Mann um den es geht – Bernd Florath – war immerhin einige Jahre am Lehrstuhl von Hardtwig angebunden. Er bleibt dennoch als Opfer der Pätzolds unsichtbar. Unsichtbar bleibt auch das Schicksal von Percy Stulz – er findet einmal die Gnade der namentlichen Erwähnung (S. 339), einmal wird er nicht genannt, obwohl es zwingend gewesen wäre, weil das unterdrückte Buch zur Berlin-Geschichte ihn als Mitautor ausweist, was die beiden Autoren des Beitrages vielleicht nicht wissen, weil sie wahrscheinlich den Aktenvorgang nicht kennen (S. 349): Aber Percy Stulz hätte schon allein deshalb in diese Geschichte gehört, weil er auf höchste Weisung hin und ohne Protest der Sektion Geschichte – jeder kannte den Fall damals dort! – unschuldig im Gefängnis landete. Exemplarisch ärgerlich an diesem Beitrag ist das Desinteresse für die Realität – die für die „Selbstbehauptung einer Vision“ (Tenorth) wichtigsten Bereiche werden nicht einmal erwähnt, kommen einfach nicht vor: „Geschichte des sozialistischen Weltsystems“ (nur die einzige zitable Ausnahme Günter Rosenfeld wird gewürdigt, S. 354 f.), Geschichte der Arbeiterbewegung und vor allem Geschichte der DDR und der Bundesrepublik (hier gab es mit Erich Nickel immerhin den einzigen Professor für die „BRD-Geschichte“ in der DDR, der dann auch noch kurz nach dem Untergang „abhaute“). Das und vieles andere wird nicht *einmal* berührt, obwohl es die Sektion entscheidend prägte. Die beiden Autoren teilen die These, die in diesem Band fast alle mit Tenorth vertreten: „Insgesamt erscheinen die 1980er Jahre als eine Ära nachlassender Bevormundung.“ (S. 355) Wenn sie sich eine komplexe Perspektive auf die Sektion gestattet hätten, wäre ihnen vielleicht auch in den Sinn gekommen, daß die angebliche „nachlassende Bevormundung“ mehr mit der inkarnierten SED-Parteilichkeit zusammenhing als mit einem Aufbruch zu neuen Ufern. Das, was diese Autoren und auch andere in diesem Band kritischer eingestellten Kollegen vorwerfen, hätten sie selbst einmal intensiv betreiben sollen: nämlich wirklich die Schriften, das gesamte Schrifttum bis 1989 zur Kenntnis zu nehmen. Wahrscheinlich wäre dann sogar ihr Fazit düsterer ausgefallen als jenes, das nur aus dem akademisch-sterilen Elfenbeinturm nach den verwertbaren Produkten professoraler Kollegen fragt. Und vielleicht wäre ihnen dann auch aufgefallen, daß ihr Statement, die HU-Historiker

hätten sich konservativ auf Quellen zurückgezogen, so pauschal ziemlich abwegig ist. Gerade das Fazit für die Zeit nach 1990 (S. 357–359) zeigt in diesem Aufsatz, aber auch bei vielen anderen in diesem Band, daß sie offensichtlich noch immer ein schlechtes Gewissen haben, die Posten jener eingenommen zu haben, deren Wirken sie heute wissenschaftshistorisch zu begründen versuchen. Daß Wolfgang Hardtwig, Wilfried Nippel oder Michael Borgolte (die beiden schreiben ähnlich über Alte Geschichte, S. 361–373, und Mittelaltergeschichte, S. 375–387), obwohl tonangebende Kapazitäten ihrer Disziplinen, hier ihre Lehrstühle nie erhalten hätten, wenn es an der HU vor 1989 eine solide geschichtswissenschaftliche Lehre und Forschung gegeben hätte, scheinen sie ebenso zu übersehen wie den Umstand, daß auch der Zustand dieser Universität ein Grund für die Abwicklung eines erheblichen Teils ihres Lehrpersonals war. Die Nutznießer der Umwälzung des DDR-Universitätswesens erklären uns nun, daß die von den 1989er-Revolutionären erstrittene systembrechende Erneuerung ja eigentlich *so* gar nicht nötig gewesen wäre.

Ähnliche Kritik ließe sich auch an den Beiträgen über die Ethnographie (S. 423–438), die Germanistik (S. 441–459), die Kulturwissenschaft (S. 509–523),³⁹ „Orientalistik“ (S. 525–534)⁴⁰ und andere Disziplinen anbringen. Es wird summarisch aufgelistet, was die Autoren für erwähnenswert halten, die eigentlichen Spezifika aber, die nun schon mehrfach benannt worden sind und die das besondere Gepräge der Universität in der kommunistischen Diktatur ausmachten, bleiben unerwähnt, werden verschleiert oder vernebelt. Die Auftraggeber für universitäre Forschungen bleiben ebenso unbenannt wie die delegierenden Institutionen, was zum Beispiel bei den Asienwissenschaftlern verklausuliert dann so daherkommt: „Absolventen wurden von ‚Partei und Staat‘ dann häufig zunächst in Bereichen der Außenpolitik oder der Außenwirtschaft beruflich eingesetzt.“ (S. 530) Solche Nullaussagen zu den historischen Spezifika sind die Regel in diesem Band.

Ansatzweise anders schreibt Marie-Luise Bott über die Philologien (S. 461–508). Sie zeigt am Beispiel des international renommierten Anglisten Klaus Hansen, wie sich ein nicht der SED angehörender Wissenschaftler gegen die Zumutungen der Herrschenden wehrte und dabei wissenschaftlich sehr erfolgreich war (S. 469–472). Aber auch diesem Aufsatz hätte es gut getan, die Akten von SED und MfS auszuwerten, um so die Hintergründe einiger angedeuteter Vorgänge erhellen zu können.

Insgesamt gilt wohl für die Philosophie, die Historischen Disziplinen, die Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und die Philologien, was Andreas Eckert in seinem ebenfalls ohne Berücksichtigung neuer Quellen verfaßten Beitrag über die Afrikanistik immerhin auf den Punkt bringt: „Die Jahre der DDR sind ohne Zweifel Teil dieser Tradition, aber als – zugegebenermaßen zugespitztes – Fazit kann festgehalten werden, dass die nationale wie internationale Ausstrahlungskraft der Afrikanistik an der Humboldt-Universität wohl nie geringer war als in den Jahren von 1945 bis 1990.“ (S. 547)

Die Hoffnung, daß die Darstellung der Naturwissenschaften und Medizin erfreulicher ausfallen würde, erfüllt sich leider nicht. Am Beispiel der Physiker und Elektroniker

39 Hier findet sich unter anderem die erstaunliche Behauptung, daß die „Deutsche Zeitschrift für Philosophie“ „angesehen“ gewesen sei (S. 514). Der Nachweis dafür bleibt aus – er wäre auch nicht zu führen für die Zeitschrift bis 1989/90.

40 Der Begriff ist international seit Jahrzehnten im übrigen nicht mehr gebräuchlich. Die entsprechende Kritik am Begriff geht auf das einflußreiche Buch „Orientalism“ von Edward W. Said 1978 zurück (dt. Neuauflage bei S. Fischer: Frankfurt/M. 2009).

(S. 551–581) drängt sich zwingend auf, die Rolle des Verteidigungs- und Staatssicherheitsministeriums in der Forschungspraxis zu beleuchten, weil, wie Dieter Hoffmann selbst schreibt, die „Sonderforschung bzw. Verteidigungsforschung“ eine „spezielle Rolle“ spielte (S. 570). Das wird jedoch nicht weiter ausgeführt, außer der Randbemerkung, deshalb habe es hier vergleichsweise viele IM des MfS gegeben (S. 571). Auch wenn die Physiker der HU für Armee und Stasi eine weniger bedeutendere Rolle spielten, als etwa die der TH Dresden oder auch anderer Hochschulen, so war auch die HU an einigen Großprojekten beteiligt, die aber in diesem Aufsatz unbenannt bleiben. Und daß gerade einige der wichtigsten Physiker auch dem MfS und dem KGB eifrig dienten, ist längst bekannt, bleibt hier aber unerwähnt.⁴¹ Ähnliches ließe sich zu den Ausführungen über die Chemiker kritisch anmerken (S. 611–639). Der Beitrag über die Biologen wiederum würdigt zutreffend den Verhaltensbiologen Günter Tembrock und die Biologehistorikerin Ilse Jahn. Das gesamte Profil der Fachrichtung bleibt dahinter unscharf. Über die größte Sektion an der HU, die Agrarwissenschaften, erfahren wir auch relativ wenig (S. 641–659). Aber die Autoren haben eine interessante Perspektive gefunden, in dem sie die Agrarwissenschaften in ganz Berlin untersuchen und so Gemeinsames und Trennendes herausstellen, was wissenschaftshistorisch relevant ist. Über den wissenschaftlichen Alltag und das Innenleben des Lehrbetriebes der Landwirtschaftswissenschaften an der HU – die ebenfalls in einem heute vergessenen Maße ideologisch geprägt war – ist aber praktisch nichts zu erfahren. Die Autoren, die sich mit der Mathematik beschäftigen (S. 683–697), hatten demgegenüber fast ein leichtes Spiel. Die hohe wissenschaftliche Reputation dieser Sektion zeigt sich an der hohen Wiederberufungsquote nach 1990 (S. 694), hinzu kamen noch etliche Berufungen an andere Universitäten. Insofern scheint hier die Begrenzung auf die Nur-Wissenschaft plausibel – obwohl natürlich auch die Mathematik Teil der Institution war und insofern auch von Spezifika einer Universität im Kommunismus betroffen. Über die Charité liegt mittlerweile ein ansehnliches Schrifttum vor, auch über die Zeit nach 1945. Insofern ist der Beitrag von Cornelius Frömmel (S. 701–742), seit 1971 der Charité zuerst als Student, dann als Forscher, 1992 bis 2005 als Prodekan verbunden, als ein (publizistisch gesehen nicht sonderlich erinnerungswürdiger) Erinnerungsbericht anzuerkennen, denn als wissenschaftshistorische Studie anzusehen, der die bisherige Literatur ergänzt. Er bietet substantiell nichts Neues.

Vielleicht mag man sich fragen, ob diese Kritik am Band 6 zu undifferenziert und zu pauschal sei. Natürlich sind den Beiträgen wissenschaftsgeschichtliche Entwicklungsstränge – meist vor allem für die Jahre 1945 bis 1968 – zu entnehmen, die interessant, wenn auch nicht neu sind. Aber im Gegensatz zu den Beiträgen über die „Praxis ihrer Disziplinen“ in der NS-Diktatur 1933 bis 1945 erfahren wir über die konkreten politischen, ideologischen Rahmenbedingungen, über die wissenschaftspolitischen Strukturen von SED, Universität, Hochschulministerium und MfS in den einzelnen Aufsätzen nichts. Man lernt eben nichts über die institutionelle „Praxis“, sondern allenthalben nur etwas über einige „wissenschaftliche Praxisergebnisse“. Und da sich dies durch fast alle Beiträge wie ein geradliniger Faden hindurchzieht, scheint dies kein Zufall zu sein. Mir ist nicht ersichtlich geworden, worin der Sinn eines solchen Ansatzes liegen könnte, welche historische Analyseerwartung Herausgeber und Autoren hegten. Dieser Band wird jedenfalls,

41 Siehe etwa einen Aufsatz, in dem das an einem Fallbeispiel aufgezeigt wird; die Stasi-Fälle selbst sind seit vielen Jahren namentlich bekannt: Wolle, Stefan: „Sicherheitspolitische Bedenken“. Das MfS und die Personalpolitik an der Humboldt-Universität. In: Schröder/Staadt (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel, S. 319–326.

dafür muß man kein Prophet sein, keinen Bestand haben können – nicht zuletzt wegen des Umstandes, daß die meisten Autoren wesentliche Rahmenbedingungen des tatsächlichen Geschehens „unsichtbar“ lassen.

Es geht aber auch anders – und dies ist dann eben die eigentliche *Überraschung* dieses Bandes, der Beitrag von Wolf Krötke nämlich über die Theologen unterscheidet sich in fast jedem Punkt von allen anderen, Guntolf Herzbergs Artikel ausgenommen. Krötke analysiert tatsächlich die Spezifika dieser Institution in der kommunistischen Diktatur (S. 47–87). Zunächst stellt er die Ausgangsbedingungen knapp vor, beleuchtet sodann den „Neubeginn in relativer Autonomie“ (1946–52), beschreibt den ab 1952/53 zunehmenden politischen Druck auf die Theologen, zeigt, wie die SED es verstand, parteiergebene Kader bei den Theologen auszubilden und einzubauen, unterschlägt dabei nicht die Funktion der Stasi und konstatiert, daß mit der Sektionsgründung 1968 die staatsloyalen Kräfte („CDU-Fraktion“, „Müller-Fraktion“) schließlich die Oberhand gewannen. Weder vermeidet es Krötke, die wichtigsten IM der Stasi unter den Ost-Berliner Theologen beim Namen zu nennen, noch übersieht er, der selbst 1958/59 politischer Häftling in der DDR war, die verfolgten und verurteilten Theologiestudenten. Krötke wirkte seit 1973 am Berliner Sprachenkonvikt, das er in seinem Beitrag zutreffend als echte Alternative zur systemtragenden Sektion Theologie der HU beschreibt. In diesem Aufsatz wird die „Praxis einer Disziplin“ an der HU tatsächlich in ihrer Vielschichtigkeit und ihren zum Teil gegensätzlichen Facetten herausgearbeitet: Forschung, Lehre, Personalpolitik, staatliche Eingriffe, Selbstpreisgabe und Selbstbehauptungswille – all dies und vieles andere wird dargestellt bis hin zu Details über die Promotion B und spätere Berufung Heinrich Finks zum Professor gegen den Widerstand der Sektion durch äußeren Druck. Wolf Krötkes Aufsatz ist nicht nur sehr informativ, gut geschrieben ohnehin, er bietet nicht nur viele interessante Aspekte einer Disziplin im Widerspruch an der HU – dieser Beitrag steht im Kontrast zu allen anderen Aufsätzen und hält diesen dadurch ganz ungewollt ihre Schwächen und ihr bewußtes oder unbewußtes „Unsichtbarmachen“ vor Augen. Jeder Leser, der nach Krötkes Aufsatz – er steht nach Tenorths Einleitung an erster Stelle, weil auch in den Bänden 4 und 5 jeweils mit den Theologen begonnen wurde – auch die anderen liest, wird diesen Qualitätsunterschied bemerken, einfach schon deswegen, weil nach dieser gebotenen Vielfalt der „Praxis einer Disziplin“ kein weiterer Beitrag auch nur annähernd nochmals eine solche erreicht. Das muß doch dem Herausgeber aufgefallen sein? Bei einem solchen fast offiziellen Unternehmen die Kritik daran selbst durch diese Qualitätsunterschiede herauszufordern, könnte man als besonders liberal würdigen. Irgendwie aber liegt die Vermutung nahe, daß nicht die anderen Autoren und Autorinnen den Herausgeber falsch verstanden haben, sondern daß sich zum Glück einer, Wolf Krötke, an die auch in der Einleitung zu bestaunenden Vorgaben nicht zu halten gedachte.

Ein Fazit dieser 4 200 Druckseiten zu ziehen, ist weder angebracht noch möglich. Trotz all der vorgebrachten Kritik ist das jahrelange Engagement von Heinz-Elmar Tenorth herauszustellen, zumal die Arbeitsbelastung im Laufe der Jahre durch den Ausfall des zweiten Herausgebers gewiß immens war. Er hat nicht nur die Herausgabe bewältigt, sondern auch selbst mehrere hundert Druckseiten zum Gesamtwerk beigesteuert. Band 2 erscheint mir als das Glanzstück, Band 6 hingegen als jener,⁴² der schon von seiner theoretischen und methodischen Anlage her, bis auf die erwähnten

42 Band 3, wie gesagt, stellt Bernd Florath eigens vor.

Beiträge von Wolf Krötke und etwas abgeschwächt Guntolf Herzberg, ziemlich weit das Ziel verfehlt, die Praxis der Disziplinen darzustellen.

Die Humboldt-Universität zu Berlin wird sich in fünfzig Jahren wohl eine neue Gesamtgeschichte leisten müssen. Dann besteht auch genügend Abstand zu den Jahren nach 1945 im Kommunismus. Vielleicht werden wir dann erfahren, wie viele Studierende und Hochschulangehörige aus politischen Gründen zwischen 1945 und 1989 der Universität verwiesen worden sind oder wie viele ihre akademischen Grade in dieser Epoche verloren haben. Für die Zeit des Nationalsozialismus hat es an den meisten deutschen Universitäten auch 50, 60 Jahre gedauert, ehe darüber Klarheit herrschte. Und dann dürfte auch eine Autorengeneration am Werk sein, die keine Rücksichten mehr nimmt. Denn dies scheint offenkundig: Viele Autoren gerade des 6. Bandes hatten offenkundig mit Befindlichkeiten und Erfahrungen zu kämpfen, eigenen wie fremden, die sie nicht auf den Begriff zu bringen vermochten. Sie lösten ihr Dilemma durch Ausweichen, Verschweigen und Verdrängen. Das steht eigentlich im Widerspruch zum Sinn einer Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, selbst wenn sie als Festschrift daherkommt. Die Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin bleibt weiterhin interessant, als Forschungsfeld lohnend und spannend – auch weil diese offiziöse Darstellung nur wenige Erkenntnisgewinne bietet.